

und des lateinischen Christentums mit ihren sehr verschiedenen Akzenten wieder in eine echte Zusammenschau allen verständlicher sprachlicher Formulierung aus den Quellen der Offenbarung zu bringen.

Dieser Lehrakt des Konzils wird wohl nur dann in vollkommener Reinheit auskristallisieren, wenn sich alle Gläubigen, auch die getrennten Christen, an der Arbeit der Vorbereitung durch ihr anhaltendes Gebet beteiligen und schon in diesem Beten die Weitung des Herzens durch Vertiefung in die Hirtenliebe und in die Sprache Jesu Christi vollziehen. Sonst ist noch nicht erkennbar, welche Themen aus den Eingaben der Bischöfe und Fakultäten ausgewählt worden sind. Es scheint, daß der Papst darüber „die Liebe zum Schweigen“ angeordnet hat, ein Zeichen dafür, daß er nicht wünscht, es könnten kühne Lösungen anstehender Fragen vorher zerredet und gefährdet werden, ehe er selber sie geprüft und bestätigt hat. Das bedeutet aber schwerlich, daß die Stimme der urteilsfähigen Gläubigen zum Schweigen gebracht werden soll. Denn nur durch eine wohlgepflegte öffentliche Meinung in der Kirche über die Aufgaben des Konzils kann die immer noch mangelnde Teilnahme der Gläubigen an der Erneuerung geweckt werden. Allerdings bittet der Papst ausdrücklich „diejenigen, die zwar nicht mit uns das ganze katholische Glaubensbekenntnis teilen, dennoch aber aufrichtig und vertrauensvoll nach Unterrichtung über die Arbeit des Konzils verlangen“, sie möchten noch warten, bis die Kommissionen ihre Arbeit vollendet haben „und alles gut vorbereitet und besser geordnet ist für Begegnungen auf einem höheren Niveau des Geistes, des Herzens und der übernatürlichen Sicht, auf die sich der Geist des Herrn niederlassen könnte . . .“

3. Diese Bitte um Zurückhaltung im Interesse einer aussichtsvolleren Begegnung zum rechten Zeitpunkt mag ihre Ursache in den unbestreitbaren Schwierigkeiten haben, die sich nun während der Ausarbeitung der Schemata für das Konzil ergeben werden. Die römisch-katholische Kirche ist, wie immer wieder gesagt werden muß, kein uniformer Monolith, es gibt in ihr weit auseinanderstrebende theologische und kirchenpolitische Richtungen, die mit der Antithese: Traditionalisten und Reformer im Geist der christlichen Urzeit, d. h. der Bibel, nur unzulänglich bezeichnet werden. Die eigentliche Kühnheit des päpstlichen Konzilsplanes liegt wohl darin, daß er durch eine weise Mischung der Kommissionen und Konsultoren die bestehenden Richtungen in der Kirche zusammengeführt, zur Aussprache genötigt und zur Vorlage gemeinsamer Entwürfe verpflichtet hat, die den Erfordernissen der von ihm anscheinend sehr klar gesehenen Erneuerung Rechnung tragen, ohne die echten Werte der Tradition preiszugeben. Nicht umsonst hat der Heilige Vater die vereinigten Kommissionen an die großen Schwierigkeiten früherer Konzilien erinnert. Durch die Bestellung der Vorsitzenden der Kurienkongregationen zu Leitern der Konzilskommissionen ist der Gefahr bereits vorgebeugt, daß die Vorbereitungsarbeiten zu einem Konflikt zwischen den Kommissionen des Konzils und den römischen Behörden der Kirche führen. Die Schwierigkeiten kommen ja nicht nur von der Frage, ob und wie das unwandelbare Dogma der Kirche neu verstanden und verständlich gemacht werden soll und wie die Liturgie den Völkern der Kirche nähergebracht oder wie die Stellung des Laien in der Kirche bestimmt werden soll, damit ihre missionarische Dynamik in der modernen Welt verstärkt werde, sie kommen auch von der verschiedenen Einschätzung der Welt-

fragen selber und dem Verhältnis der hierarchischen Kirche zum Staat und zur Gesellschaft, Einschätzungen, die von entgegengesetzten Voraussetzungen und Erfahrungen ausgehen, wie etwa der konservativen Haltung des italienischen Episkopats und der freizügigen Haltung der Hierarchie in den Vereinigten Staaten oder Frankreich. Was seit dem zweiten Weltkrieg im Bereich der theologischen Diskussionen der einzelnen Länder verblieb, prallt nun im Schoße der verschiedenen Kommissionen aufeinander, um entscheidungsreif zu werden.

Schließlich wird um das Maß katholischer Weite gerungen werden, das zur Lösung der ökumenischen Verantwortung der Kirche nötig ist. Es hat sich zwar gezeigt, daß auch die romanischen Länder mit erstaunlichem Eifer dem Appell des Papstes gefolgt sind und sich dem Studium ökumenischer Fragen durch eigene Publikationen und Nachrichten geöffnet haben. Aber diese Bereitschaft steht wohl noch zu sehr unter der Erwartung, daß die getrennten Christen auf dem Wege sind, bei der Suche nach der Einen Kirche die römisch-katholische Kirche anzusteuern, während sie doch in sehr eigener „lebendiger Tradition“ voranschreiten, in der Hoffnung, die römisch-katholische Kirche werde sich aus ihrer „Isolierung“ in die ökumenische Dynamik hineinziehen lassen und ein mitwirkender Faktor innerhalb des Weltrates der Kirchen werden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 138 ff.). Angesichts dieser internen Auseinandersetzung in den Konzilskommissionen, über die wir kaum etwas erfahren werden, ist es um so nötiger, daß sich im Stadium der Vorbereitungsarbeiten die öffentliche Meinung in der Kirche sachkundig zu Wort meldet, daß sie durch die Stimme der Bischöfe zum Verständnis entscheidender Fragen angeleitet und somit dem Papst, der das letzte Wort hat, ein möglichst vollständiges Bild von den Notwendigkeiten der Reform vermittelt wird. Auch darum sollte sich das Gebet der Gläubigen Sorgen. Es wäre nicht gut, von dem II. Vatikanischen Konzil zu viel zu erwarten — die Entwicklung der Kirche pflegt keine Sprünge zu machen —, es ist aber gut, viel, sehr viel für sein gutes Gelingen zu tun, solange es noch Zeit ist. Die Früchte des Konzils fallen uns nicht in den Schoß. Wir werden ernten, was wir gesät haben.

**Die Allgemeinen
Gebetsmeinungen
des Heiligen Vaters
für 1961**

Januar: Daß die Hindernisse, die der Wiedervereinigung aller Christen entgegenstehen, durch die Wahrheit und Liebe Christi hinweggeräumt werden

(*Ut impedimenta, quae unioni christianorum iterum efficiendae obsunt, veritate et caritate Christi removeantur.*)

Februar: Um einen guten Fortgang der Vorbereitungsarbeiten zum Ökumenischen Konzil (*Ut ea, quae Concilio Oecumenico parando fiunt, prospere procedant.*)

März: Daß die Familien in den Gefahren des heutigen Fortschrittes durch die Lehren des Glaubens und öfteren Sakramentenempfang gestärkt werden (*Ut familiae inter hodierni progressus insidias per doctrinam fidei et frequentiorum Sacramentorum susceptionem roborentur.*)

April: Daß dem Priesterangel durch die Hilfe, welche die Katholische Aktion und die übrigen Laienvereinigungen dem hierarchischen Apostolat leisten, entsprechend begegnet werde (*Ut sacerdotum penuriae, per sollertem operam praestitam ab Actione Catholica ceterisque laicorum consociationibus apostolatui hierarchico, rite occurratur.*)

Mai: Daß in der Kraft des Heiligen Geistes die religiöse Gleichgültigkeit überwunden werde (Ut Sancti Spiritus virtute indifferentismus in re religiosa pessumdetur).

Juni: Daß die Herz-Jesu-Verehrung im Geiste der Kirche und mit solchen Mitteln gefördert werde, die den heutigen Menschen ansprechen (Ut cultus Sanctissimi Cordis secundum Ecclesiae mentem et ope mediorum hodiernis hominibus congruentium promoveatur).

Juli: Daß die Menschen ihre Freizeit nach dem Gesetz Gottes zur Gesundung der Seele und des Leibes verbringen (Ut tempus liberum secundum legem Dei ad sanitatem mentis et corporis fovendam insumatur).

August: Daß nicht die Wachsamkeit gegenüber dem gottlosen Kommunismus, wie er gelehrt und praktisch gelebt wird, aus Verlangen nach einem Scheinfrieden nachlasse (Ne vigilantia contra athei communismi periculum, doctrina et re vigentis, falsae desiderio pacis remittat).

September: Daß die öffentliche Meinung mit allem Eifer nach dem natürlichen Sittengesetz und der Lehre der Kirche geformt werde (Ut publica opinio rectae rationi atque Ecclesiae Magisterio sedulo conformetur).

Oktober: Daß die Zahl der katholischen Universitäten wachse und ihre Hilfsmittel vermehrt werden (Ut Catholicae Studiorum Universitates numero atque opibus augeantur).

November: Daß die Zeit des Alters in ihrer Bedeutung richtig erkannt und dieser Erkenntnis entsprechend zugebracht werde (Ut tempus senectutis rite aestimetur et transigatur).

Dezember: Daß allen Menschen nach Recht und Billigkeit Anteil an den Gütern der Erde gegeben werde (Ut bona terrae iusta et aequa ratione inter homines distribuantur).

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Politische Erklärung der Hildesheimer Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Im Rahmen der diesjährigen Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die am 22./23. November in Hildesheim tagte, hat die Vollversammlung folgende „Politische Erklärung“ der Öffentlichkeit übergeben:

Zu Fragen der politischen Verwirklichung des Gemeinwohls Stellung zu nehmen ist Recht und Pflicht aller, die zur Verfassung unseres Staates stehen. Vor aller Öffentlichkeit und noch bevor die politischen Parteien mit ihren Wahlprogrammen hervortreten, wollen wir, Vertreter des Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland, unsere Grundsätze und unsere Forderungen an die künftige Politik entwickeln, um damit unseren Beitrag zur Bildung der öffentlichen Meinung zu leisten. Je konkreter und klarer ein solcher Beitrag ist, desto besser dient er der demokratischen Entwicklung des Gemeinwesens. Verschwommene politische Grundsatzprogramme lehnen wir ab.

Wir sind überzeugt, daß auch die staatliche Ordnung und das politische Handeln unter Gottes Gebot stehen. Darum halten wir daran fest, daß Staat und Gesellschaft nach letzten sittlichen Normen gestaltet werden müssen.

I

1. Wir stehen zur freiheitlichen Ordnung unseres Staates, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihren Ausdruck gefunden und sich in einem Jahrzehnt

voller Schwierigkeiten und Gefahren bewährt hat. Wir sind dankbar, daß wir in diesem Staat als Christen mit allen Andersdenkenden in Freiheit leben und wirken können. Um so mehr schmerzt es uns, daß ein Viertel des deutschen Volkes davon ausgeschlossen ist. Auch weiterhin wird die deutsche Politik alle Kraft aufwenden müssen, um Unfreiheit und aufgezwungene Spaltung zu überwinden.

2. Dem Staate muß alles gegeben werden, was er gerechterweise verlangen kann, um Freiheit und Recht durchzusetzen. Der den Weltfrieden gefährdende Konflikt ist kein Konflikt von Machtblöcken, dem wir unbeteiligt zusehen könnten. Es geht um sittliche und rechtliche Grundlagen politischen Handels schlechthin, die hier bejaht, dort verachtet werden, aus denen aber allein der von allen Völkern ersehnte wahre Frieden erwachsen kann.

Darum ist zu fordern

eine zielklare Fortführung der bisherigen Außenpolitik, welche dem wahren Frieden dient, die Einheit Europas anstrebt und die solidarische Gemeinschaft mit der ganzen freien Welt immer mehr festigen soll;

eine entschiedene und vertragstreue Verteidigungspolitik, die den Mut hat, von unserem Volk die notwendigen persönlichen und materiellen Opfer für eine wirksame Verteidigung zu verlangen;

die Weiterführung der Bemühungen um eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, welche geeignet ist, den Weltfrieden zu sichern;

eine gesetzliche Vorsorge für den Fall innerer Notstände, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und eine tatkräftige Abwehr der kommunistischen und nationalistischen Infiltration.

3. Wie in der nationalen so verstoßen auch in der internationalen Gemeinschaft krasse Unterschiede der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten gegen Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Zu ihrer Beseitigung muß auch die Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag leisten. Diese Aufgabe ist so groß, daß sie nur im Zusammenwirken des Staates mit gesellschaftlichen Kräften erfolgreich bewältigt werden kann. Das ganze deutsche Volk muß zu Opfern hierfür bereit sein.

Darum ist zu fordern,

daß der Staat sich der Mitwirkung der Kräfte der Gesellschaft bedient, die zu einer Mitarbeit in der Entwicklungshilfe bereit sind. Indem er sich ihre Erfahrung zunutze macht und ihre kulturellen und wirtschaftlichen Initiativen fördert, vervielfacht er zugleich die Wirkung seiner eigenen Entwicklungshilfe.

II

1. Alle Politik muß davon ausgehen, daß die Bürger des Staates in vielfältigen, natürlichen oder frei gewählten wechselseitigen sozialen Bindungen miteinander leben und im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung ein Recht darauf haben. Diese Gruppen tragen den Staat mit, und er seinerseits ist verpflichtet, ihren Bestand und die Freiheit ihres Eigenlebens zu schützen und zu fördern. Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft. Ihr Schutz ist eine vordringliche Aufgabe des Staates.

Darum ist zu fordern

eine Reform der Stellung der Familie in unserer ganzen Rechtsordnung. Besonders dringlich ist eine baldige Revision des Scheidungsrechts, namentlich die Beseitigung des untragbaren § 48 des Ehegesetzes.